



Marc Frings ist Trainee der Konrad-Adenauer-Stiftung im Auslandsbüro Jakarta.

INDONESIENS ROLLE IN DER INTERNATIONALEN KLIMAPOLITIK

FINANZIELLE ANREIZE ZUM SCHUTZ DER WALDBESTÄNDE – EIN EFFEKTIVES MODELL?

Marc Frings

1986 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Resolution zum „Recht auf Entwicklung“.¹ Sie liest sich als Reaktion der Entwicklungsländer auf den verbindlichen Menschenrechtskatalog, der zuvor von der industrialisierten Welt kanonisiert wurde. Die „Menschenrechte der dritten Generation“, die mit dieser Resolution gestärkt werden sollten, betonen deren kollektive Dimension. Frieden, Sicherheit und Umwelt rückten damit erstmals in den Fokus internationaler Entwicklungsdebatten. Das Ringen der Weltgemeinschaft um ein Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls, das 1997 in Kraft trat und 2012 auslaufen wird, demonstriert gegenwärtig, wie komplex die Verwirklichung des im Recht auf Entwicklung skizzierten Solidaritätsprinzips ist: Steht, so muss gefragt werden, ein Recht auf Wohlstandssteigerung im Sinne des Art. 2 III der Resolution im Widerspruch zum internationalen Engagement im Klimaschutz?

Das Beispiel Indonesien zeigt, vor welchen politischen, gesellschaftlichen und rechtlichen Herausforderungen Entwicklungs- und Schwellenländer stehen, die einerseits ihr Recht auf Entwicklung ernst nehmen müssen, um absehbaren demographischen Prognosen zu begegnen, andererseits aber ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten wollen. So entwickelt sich Indonesien schon seit einigen Jahren zu einem der wichtigsten Befürworter der REDD-Initiative.

1 | „Entwicklung“ wird im Resolutionstext als „umfassender wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Prozess“ definiert (UN-GA Res A/41/128).

DER ÜBERSEHENE UMWELTSÜNDER

Wenn die Frage nach den größten globalen Umweltsündern aufkommt, gilt der vorwurfsvoll ausgestreckte Zeigefinger in der Regel den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China, die mit jährlich etwa 5,95 bzw. 5,06 Milliarden Tonnen ausgestoßenen Treibhausgases die globale Erwärmung vorantreiben. Auf Platz drei folgt jedoch schon, mit einem gewissen Abstand, Indonesien. Der südostasiatische Inselarchipel mit seinen mehr als 17.000 Inseln und 240 Millionen Einwohnern emittiert im Jahr 2,05 Milliarden Tonnen Treibhausgas. Mit China und Indonesien stehen damit gleich zwei Schwellenländer weit oben auf der Liste jener Staaten, die die Hauptverantwortung für den Klimawandel tragen. Welche Hebel müssen nun bedient werden, damit auch jene Länder, die sich noch im Modernisierungsprozess befinden, der Erderwärmung entgegenwirken können? Aufschlussreich ist hierfür ein Vergleich der Zusammensetzung der Treibhausgasemissionen Deutschlands und Indonesiens: Energiebedingte Emissionen machen in Deutschland 81 Prozent der Treibhausgase aus, gefolgt von Emissionen aus Industrieprozessen (zehn Prozent) und aus der Landwirtschaft (fünf Prozent).² In Indonesien hingegen sind 80 bis 85 Prozent der Treibhausgasemissionen Folgen von Entwaldung und Zerstörung von Torfland.³ Obwohl die Emissionen aus Industrie, Verkehr oder Energie vergleichsweise gering erscheinen,⁴ gelangen dem Land in den vergangenen

Mit China und Indonesien stehen zwei Schwellenländer weit oben auf der Liste jener Staaten, die eine Hauptverantwortung für den Klimawandel tragen.

- 2 | Umweltbundesamt (Hrsg.), Presseinformation Nr. 13/2010, „Treibhausgasemissionen in 2009 um 8,4 Prozent gesunken“, 3, http://umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2010/pdf/pd10-013_treibhausgasemissionen_grafiken.pdf [14.02.2011]. Die angegebenen Werte beruhen auf Schätzungen für das Jahr 2009, korrespondieren aber weitestgehend mit den Werten für 2008.
- 3 | Harvard Kennedy School, Ash Center for Democratic Governance and Innovation, „From *Reformasi* to Institutional Transformation: A strategic Assessment of Indonesia’s Prospects for Growth, Equity and Democratic Governance“, 04/2010, 52, <http://ash.harvard.edu/extension/ash/docs/indonesia.pdf> [14.02.2011]; Jeff Neilson, „Who owns the carbon? Indonesia’s carbon stores spark international attention“, *Inside Indonesia*, 07-08/2010, <http://insideindonesia.org/stories/who-owns-the-carbon-05091343> [14.02.2011].
- 4 | 2005 erzeugte der komplette Energie-, Bau- und Infrastruktursektor 312 Millionen Tonnen CO₂. Das entsprach einem Anteil von 15 Prozent.

Bestehende und traditionelle Gesellschaftsstrukturen, ökonomische Interessen und Umweltschutz ringen nun mit den Folgen: Das Tropenholz Sumatras und Kalimantanens ist weitestgehend gefällt, so dass neue, abgelegene Provinzen wie insbesondere das nur dünn bevölkerte Papua in den Fokus der Holzwirtschaft geraten. Einzelne Bevölkerungsgruppen betrachten Umweltaktivisten und die Jakartaer Zentralregierung gleichermaßen als Feinde, weil diese um den Preis des internationalen Klimaschutzes lokale Nutzungsflächen und Einnahmequellen versiegen lassen. Diese innenpolitische Konfliktkonstellation muss um eine internationale Dimension erweitert werden, da die eingangs dargestellten Emissionswerte aus Holzschlag und Torfandzerstörung Auswirkungen auf den weltweiten Klimawandel haben. In Indonesien finden sich fünf Prozent des weltweit existierenden Torf-Moor-Bodens, der in besonders effektiver Weise Kohlenstoffdioxid (CO₂) speichert. 40 Prozent der indonesischen Emissionen sind auf Austrocknung und Zerstörung dieses Bodens zurückzuführen. 2006 wurde hierdurch in Indonesien mehr CO₂ produziert als Deutschland, das Vereinigte Königreich und Kanada im selben Zeitraum gemeinsam emittierten.⁹

In Indonesien finden sich fünf Prozent des weltweit existierenden Torf-Moor-Bodens, der in besonders effektiver Weise CO₂ speichert.

ZWISCHEN WACHSTUMSPOTENTIAL UND RECHTSLÜCKEN

Der Versuch, durch Waldrodungen und -brände Landgewinne zu verbuchen, resultiert vor allem aus der stark zunehmenden Nachfrage nach Palmöl. Dieses findet überwiegend in der Nahrungsmittelindustrie Verwendung, wird aber auch zu einer zunehmend wichtigen Quelle für den Energiesektor: Aufgrund seiner besonders effizienten Zusammensetzung ist Palmöl, trotz konkurrierender Produkte wie beispielsweise Raps, der wichtigste Biokraftstoff (Biodiesel). Indonesien und das Nachbarland Malaysia haben sich in den vergangenen Jahren zu den größten Anbauländern von Ölpalmen entwickelt: Etwa 85 Prozent der weltweiten Produktion, die gegenwärtig bei etwa 40 Millionen Tonnen im Jahr liegt, werden von den beiden südostasiatischen Ländern geliefert. Die indonesische Regierung wittert gegenwärtig ihre Chance, ihren Spitzenplatz weiter auszubauen. Nachdem sie die Anbaufläche für

Ölpalmen seit 1998 bereits von drei auf neun Millionen Hektar verdoppelt hat, sollen bis 2025 auf einer Gesamtfläche von 26 Millionen Hektar Palmölplantagen entstehen.¹⁰

Das populäre Etikett „Biodiesel“ darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der Ausbau von Palmölplantagen bislang noch negativ auf das Weltklima auswirkt.

Das aus westlicher Perspektive populäre Etikett „Biodiesel“, verstanden als Alternative zu CO₂-intensiven Energieträgern, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der

gegenwärtige Ausbau von Palmölplantagen bislang noch negativ auf das Weltklima auswirkt. Das ausgestoßene CO₂, das erforderlich ist, um eine Infrastruktur für die Palmölindustrie zu schaffen, liegt derzeit über den Emissionseinsparungen durch Biokraftstoffnutzung. Die indonesische Umweltorganisation Walhi weist darauf hin, dass es die Zentralregierung nicht vermag, Einnahmen aus dem Forstsektor zu erzielen, die mit den Wachstumswerten der sich dort niederlassenden Branchen korrespondieren. An Genehmigungen, um in Primärwäldern Bergbau zu betreiben, verdiente die Regierung beispielsweise einen bis 2,50 Euro pro 100 Quadratmeter. 70 Prozent des Holzschlags erfolgt gegenwärtig allerdings illegal.¹¹

Die indonesische Regierung steht in der Verantwortung, Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit auch im Politikfeld Umwelt und Klima zu gewährleisten.¹² Dabei geht es nicht ausschließlich um den Kampf gegen die um sich greifende Korruption,¹³ sondern insbesondere im Umwelt-

10 | In Kalimantan wird die Hälfte und in Papua ein Viertel der Plantagen liegen. Vgl. Gouverneur, Fn. 6; Marianne Klute, „Schall und Rauch. Umweltprobleme und Umweltpolitik“, in: Genia Findeisen, Kristina Großmann, Nicole Weydmann (Hrsg.), *Herausforderungen für Indonesiens Demokratie. Bilanz und Perspektiven*, (Berlin: regiospectra, 2010), 225.

11 | Klute, Fn. 10, 225. Indonesische Medien berichteten jüngst, dass den bislang 6,3 Millionen Euro Einnahmen aus Bergbaukonzessionen 540 Millionen Euro Verluste gegenüberstehen, die in Korruptionskanäle verschwanden. Sie beziehen sich dabei auf Aussagen der Umweltorganisation Walhi. Vgl. Fidelis E. Satriastanti, „Choosing Money Over Nature Will Cost Us Dearly: Activists“, *The Jakarta Globe*, 13.01.2011, A7.

12 | Winfried Weck, „Korruption und Kollusion. Indonesiens schwere Bürden auf dem Weg zum demokratischen Rechtsstaat“, *KAS-Länderbericht*, 14.10.2010, http://kas.de/wf/doc/kas_20833-1522-1-30.pdf [14.02.2011].

13 | Freedom House, „Freedom in the world – Indonesia 2010“, <http://freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2010&country=7841> [14.02.2011].

und Klimabereich darum, die Wirksamkeit bestehender Rechtsverbindlichkeiten durchzusetzen. Dies wird teilweise durch den 1998 eingeleiteten administrativ-politischen und rechtlichen Dezentralisierungsprozess erschwert. Gemäß dem Forstwirtschaftsgesetz in seiner aktuellen Fassung (41/1999) bedarf es einer Genehmigung des indonesischen Forstministeriums, wenn ein Unternehmen Wälder für wirtschaftliche Zwecke nutzen will. Zusätzlich können lokale Verwaltungen Lizenzen für kleinere Unternehmen ausstellen, sofern zusätzlich eine Genehmigung in Jakarta eingeholt wird. Diese wenig bekannte Regelung wird sicherlich dazu beigetragen haben, dass im Augenblick weniger als acht Prozent der im Plantagengeschäft und Bergbau tätigen Unternehmen in der Provinz Zentralkalimantan über wirksame Genehmigungen verfügen. Zuletzt wurden deswegen Forderungen nach einer Verschärfung der Gesetzgebung laut.¹⁴

Eine Zentralisierung der politischen Macht muss dabei aber Hand in Hand mit dem Durchsetzungswillen der Exekutiven gehen: Die Auswirkungen des Gesetzes für Umweltmanagement und Umweltschutz (32/2009), das dem Umweltministerium mehr Kompetenzen im Kampf gegen Umweltsünder gibt, wurden in einer jüngsten Studie als schwach bewertet. Nur 20 Prozent der registrierten Umweltverbrechen wurden 2010 auch strafrechtlich verfolgt. Hierbei handelt es sich nicht um Bagatelldelikte, sondern um Umweltverschmutzungen, die Überschwemmungen und Erdbeben auslösen und so eine Lebensgefahr für die anwohnende Bevölkerung darstellen.¹⁵

Nur 20 Prozent der registrierten Umweltverbrechen wurden 2010 auch strafrechtlich verfolgt. Hierbei handelt es sich nicht um Bagatelldelikte.

INDONESIENS BEITRAG ZUM KLIMASCHUTZ

Als Mitglied der G-20 und als mit Abstand größte Wirtschaftsmacht in der ASEAN definiert Indonesien seine Rolle in den internationalen Beziehungen als Sprecher jener Länder, die sich im Prozess der Entwicklung befinden. Die zuletzt geäußerte Kritik, dem außenpolitischen Selbst-

14 | 76 von 967 Unternehmen verfügen über entsprechende Genehmigungen; in der Palmölbranche bewegen sich 67 von 325 Unternehmen auf legalem Boden. Vgl. Adianto P. Simamora, „967 forestry firms under govt scrutiny“, *The Jakarta Post*, 02.02.2011, 4.

15 | Satriastanti, Fn. 11, A7.

anspruch würden keine konkreten Aktionen seitens der Regierung folgen, bestätigt sich bei einer Betrachtung des indonesischen Engagements im internationalen Umweltregime nicht. Präsident Susilo Bambang Yudhoyono hat den Klimaschutz zu einem der Kernthemen seiner Regierungsarbeit gemacht. Unter ihm präsentierte sich Indonesien als Gastgeberland wichtiger internationaler Konferenzen, wie der 13. Weltklimakonferenz 2007 auf Bali und der ersten Weltozeankonferenz 2009 auf Sulawesi. Im April 2011 ist die Hauptstadt Jakarta Gastgeberin des fünften Business for Environment-Gipfeltreffens, der weltweit wichtigsten Konferenz zu wirtschaftsorientiertem Umweltschutz.¹⁶

Als Vorreiter für andere Entwicklungs- und Schwellenländer hat die Regierung eine freiwillige Selbstverpflichtung verkündet, laut derer Indonesien in den nächsten zehn Jahren aus eigener Kraft 26 Prozent CO₂ einsparen will.¹⁷ Um aber mit Hilfe internationaler Unterstützung sogar 41 Prozent weniger zu emittieren, wie es der Regierungsplan weiter vorsieht, müssen bestehende Fördermöglichkeiten stärker genutzt werden. Mit dem 1997 entwickelten Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (Clean Development Mechanism, CDM) wurde ein Instrument etabliert, das es den laut Kyoto-Protokoll zu Emissionsreduktionen verpflichteten Industriestaaten erlaubt, in Form von Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern den eigenen Beitrag zum Klimaschutz zu verbessern („CO₂-Zertifikatshandel“). Von den 2.803 CDM-Projekten, die Entwicklungsländer zentral beim

Im Vergleich zu Indonesien ziehen Malaysia, Mexiko oder Brasilien einen finanziell größeren Nutzen aus dem klimapolitischen Ablasshandel zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

Sekretariat für das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) registriert haben, stammen lediglich zwei Prozent aus Indonesien (56 Projekte), während Malaysia (88 Projekte), Mexiko (125 Projekte) oder Brasilien (184 Projekte) einen finanziell größeren Nutzen aus diesem klimapolitischen Ablasshandel zwischen Industrie- und

16 | Das Gipfeltreffen wird von der Indonesischen Regierung, der Regionalkammer des Parlaments (DPD) und dem WWF organisiert. Vgl. Fidelis E. Satriastanti, „Chaos Awaits if Nothing Happens“, *The Jakarta Globe*, 10.01.2011, A1.

17 | Die Marge von 26 Prozent nannte Präsident Yudhoyono erstmals auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh. Er bekräftigte dieses Ziel noch einmal auf der Kopenhagener Weltklimakonferenz.

Entwicklungsländern ziehen.¹⁸ So prognostiziert auch die indonesische Regierung, dass eine Verfünffachung der bislang registrierten Projekte möglich sein sollte.¹⁹

REDD: WALDSCHUTZ ÖKONOMISCH BETRACHTET

Dass die Initiative zur Reduzierung der Emissionen aus Entwaldung und Waldschädigung (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation, REDD) die Bühne des internationalen Klimaschutzes erreicht hat, kann auch auf das indonesische Engagement zurückgeführt werden. Während bei CDM der Schutz von Wäldern nicht berücksichtigt wird, setzt REDD genau hier an – ein vielversprechender Ansatz insbesondere für tropenwaldreiche Länder wie Indonesien.

In seinem Bericht über die wirtschaftlichen Aspekte des Klimawandels beleuchtet Nicholas Stern die Potentiale, die ein aktiverer Schutz natürlicher Wälder für die Erderwärmung hat. 18 Prozent der Treibhausgase sind auf Entwaldung zurückzuführen – ein Wert, der laut Stern schnell und ohne die Notwendigkeit teurer, technologischer Erneuerungen gesenkt werden kann.²⁰ In Indonesien, so der nationale Rat für Klimawandelfragen, soll auf diese Weise beispielsweise ein CO₂-Rückgang von 22 Prozent möglich sein. Auf der Weltklimakonferenz in Bali 2007 präsentierte eine Koalition zum Schutz des Tropenwaldes REDD als einen möglichen Rahmen, um Entwicklungs- und Schwellenländer beim Schutz ihrer Waldbestände zu unterstützen. Kernidee ist es, Wälder als CO₂-Speicherquellen nach ökonomischen Gesichtspunkten zu betrachten. In Form finanzieller Ausgleichszahlungen sollen diese Länder Anreize bekommen, ihre Wälder zu erhalten und damit einen Beitrag zur

In Bali 2007 präsentierte eine Koalition zum Schutz des Tropenwaldes REDD als einen möglichen Rahmen, um Entwicklungs- und Schwellenländer beim Schutz ihrer Waldbestände zu unterstützen.

18 | Vgl. UNFCCC-CDM, „Registered project activities by host party“, <http://cdm.unfccc.int/Statistics/Registration/NumOfRegisteredProjByHostPartiesPieChart.html> [14.02.2011].

19 | Ministry of Finance (Hrsg.), *Ministry of Finance Green Paper: Economic and Fiscal Policy Strategies for Climate Change Mitigation in Indonesia* (Jakarta, 2009), 4, <http://www.fiskal.depkeu.go.id/webbkf/siaranpers/siaranpdf%5CGreen%20Paper%20Final.pdf> [14.02.2011].

20 | Nicholas Stern, *Stern Review on the Economics of Climate Change* (London, 2006), v.a. Kapitel 25 (Reversing Emissions from Land Use Change), 537-538.

Senkung sowie zur Bindung des CO₂-Ausstoßes zu leisten. Damit sollen Mehrausgaben für Schutzmaßnahmen kompensiert sowie Einnahmeverluste aufgefangen werden, die die Länder zu verkraften haben, wenn sie Waldgebiete nicht in profitable Investitionsflächen verwandeln.²¹ Bilaterale Abkommen zwischen REDD-Geber- und Nehmerländern sollen auch internationale Menschenrechtsinstrumente berücksichtigen. Während der Kopenhagener Weltklimakonferenz 2009 wurden diese Überlegungen fortgesetzt: Um Kritikern entgegenzukommen, denen die Nachhaltigkeit der REDD-Initiative zu kurz kam, wurden Ergänzungen vorgenommen und unter der Bezeichnung „REDD+“ zusammengefasst. Das „plus“ steht hier für die Erweiterung um Faktoren wie Naturschutz, nachhaltige Waldwirtschaft und Wiederaufforstung.²²

REDD bietet einen ersten Anhaltspunkt, um über Handlungsanleitung für den Schutz der weltweiten Waldbestände nachzudenken. Bislang gibt es jedoch keine verbindlichen Vereinbarungen.

Der von REDD skizzierte Rahmen bietet einen ersten Anhaltspunkt, um über eine klimapolitisch und ökonomisch sinnvolle Handlungsanleitung für den Schutz der weltweiten Waldbestände nachzudenken. Bislang gibt es keine verbindlichen Vereinbarungen, die als „REDD-Regelwerk“ bezeichnet werden können. Zwar haben die teilnehmenden Delegationen der letzten Weltklimakonferenz im mexikanischen Cancún die REDD-Initiative gelobt,²³ so dass ihre Einbindung in ein völkerrechtlich verbindliches Kyoto-Nachfolgeprotokoll wahrscheinlicher wird. Doch solange dies nicht der Fall ist, liegt der Erfolg von REDD in den Händen jener Staaten, die bilaterale Vereinbarungen aushandeln und damit Präzedenzfälle für den nachhaltigen Schutz des Waldes schaffen.

GRÜNES LICHT FÜR REDD IN INDONESIA

Gemessen an dem weltweiten Finanzvolumen von etwa 3,3 Milliarden Euro,²⁴ resultierend aus bi- und multilateralen

21 | WWF Deutschland, „Politische Maßnahmen: REDD. Industrieländer finanzieren Stopp der tropischen Entwaldung, um Emissionen zu verringern“, <http://wwf.de/themen/kampagnen/waelder-indonesiens/rettungsplan/redd> [14.02.2011].

22 | Marianne Klute, „Die Geheimsprache der Klimapolitiker“, *Suara*, 3 (2010), 20-22.

23 | J. Jackson Ewing und Irene A. Kuntioro, „Cancún, Shifting goals of climate talks“, *The Jakarta Post*, 27.12.2010, 7.

24 | Keya Acharya, „Top leaders see the green in REDD+“, *The Jakarta Post*, 3.

REDD-Abkommen, nimmt Indonesien einen Spitzenplatz unter den Nehmerländern ein. Die derzeit 40 existierenden REDD-Projekte werden vor allem von drei Finanzkanälen gespeist.²⁵ Auf multilateraler Ebene durch die Teilnahme an der REDD-Pilotphase der Vereinten Nationen²⁶ und auf bilateraler Ebene durch Abkommen der indonesischen Regierung mit Australien und Norwegen.

Die Ankündigungen der australischen Regierung aus dem vergangenen Jahr, weitere 55 Millionen Euro der indonesischen Regierung für Emissionsreduzierungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen,²⁷ stehen allerdings immer noch im Schatten des norwegischen Engagements: Eine Milliarde US-Dollar (etwa 740 Millionen Euro) wollen die Skandinavier in den nächsten sieben bis acht Jahren der indonesischen Regierung zur Verfügung stellen, wenn diese Treibhausgase nachweisbar durch den Erhalt von Waldbeständen senken kann. Ein qualitativer Unterschied zwischen dem Vorgehen Australiens und Norwegens besteht in der ökologischen Selbstverantwortung beider Länder. Die australische Regierung interpretiert REDD als Klimahandelsinstrument à la CDM – die indonesische CO₂-Reduktion wird nämlich auf das australische Emissionskonto gebucht. Dagegen wollen sich die Skandinavier in keiner Weise von der eigenen Verantwortung freikaufen, oder in den Worten einer norwegischen Diplomatin: „Wir helfen Indonesien, ohne die eigenen Hausaufgaben zu vergessen.“²⁸

Eine Milliarde US-Dollar will Norwegen der indonesischen Regierung zur Verfügung stellen, wenn diese Treibhausgase nachweisbar durch den Erhalt von Waldbeständen senken kann.

25 | David Gogarty und Olivia Rondonuwu, „Indonesia chooses climate pact pilot province“, *Reuters*, 30.12.2010, <http://reuters.com/article/2010/12/30/us-indonesia-climate-idUSTRE6BT0NP20101230> [14.02.2011].

26 | Zu den REDD-Pilotländern zählen Bolivien, die Demokratische Republik Kongo, Indonesien, Panama, Papua-Neuguinea, Paraguay, Sambia, Tansania und Vietnam. Zur indonesischen REDD-Pilotprovinz wurde im Oktober 2010 Zentralsulawesi gekürt. Vgl. „UN-REDD lauds C.Sulawesi’s active support for forests“, *The Jakarta Post*, 22.01.2011, <http://thejakartapost.com/news/2011/01/22/unredd-lauds-c-sulawesi’s-active-support-forests.html> [14.02.2011].

27 | Neilson, Fn. 3; Fidelis E. Satriastanti, „Indonesia Sees Small Victories At Cancún Talks“, *The Jakarta Globe*, 11./12.12.2010, 6.

28 | Interview des Autors mit Diplomaten der Norwegischen Botschaft, Jakarta, 21.01.2011.

REDD-PLUS-FAHRPLAN VON INDONESIEN UND NORWEGEN IN KRITISCHER PHASE

Im Mai 2010 haben sich die Regierungen Norwegens und Indonesiens auf einen dreistufigen Plan verständigt, um den indonesischen Wald zu schützen. Diese Absichtserklärung (Letter of Intent) befindet sich nun in der Umsetzung.²⁹ In der ersten Phase soll ein institutioneller und inhaltlicher Rahmen für die künftige Arbeit der indonesischen Regierung geschaffen werden: Neben einer zu entwickelnden REDD plus-Strategie bedarf es einer Regierungsagentur, die dem Präsidenten direkt unterstellt ist und die weiteren REDD-Maßnahmen koordiniert. Weitere Aufgaben bestehen in der Gründung einer unabhängigen Institution zur Fortschrittsüberprüfung (Monitoring, Reporting, Verification, MRV) und in der Benennung einer Pilotprovinz. Die zweite Phase umfasst die Schaffung verbindlicher und

Am sensibelsten erscheint die Verpflichtung Indonesiens, während eines Zeitraums von zwei Jahren keine neuen Konzessionen für Torf- und natürliche Waldgebiete zu vergeben.

die Stärkung bestehender Rechtsgrundlagen sowie Befähigungsmaßnahmen (*Capacity-building*). Zudem muss ein Finanzierungsinstrument entwickelt werden, durch das die Zahlungen der norwegischen Regierung fließen. Am sensibelsten erscheint gegenwärtig aber die Verpflichtung Indonesiens, während eines Zeitraums von zwei Jahren keine neuen Konzessionen für Torf- und natürliche Waldgebiete zu vergeben. Während Norwegen Indonesien in den ersten beiden Phasen für die Einleitung und Umsetzung politischer Reformen finanziell belohnt, fließen weitaus höhere Summen ab 2014, wenn die dritte Phase eingeleitet werden soll und die Zahlungen auf Grundlage von Emissionsrückgängen berechnet werden.³⁰ 22 Millionen Euro hat die norwegische Regierung bereits vor dem Erreichen erster Ziele an die Indonesier ausgezahlt.

29 | Der Letter of Intent wurde am 26.05.2010 in Oslo von beiden Regierungen unterzeichnet. Er trägt den Titel „Cooperation on reducing greenhouse gas emissions from deforestation and forest degradation“.

30 | Emissionsrückgänge werden im Sinne des „contributions-verified emissions reductions mechanism“ berechnet. Zur Darstellung der drei Phasen: Vgl. „Letter of Intent between the Government of the Kingdom of Norway and the Government of the Republic of Indonesia on ‚Cooperation on reducing greenhouse gas emissions from deforestation and forest degradation‘“, http://norway.or.id/PageFiles/404362/Letter_of_Intent_Norway_Indonesia_26_May_2010.pdf [14.02.2011].

Eine Arbeitsgruppe ist derzeit damit beauftragt, die dem Präsidenten unterstellte REDD-Agentur zu institutionalisieren.³¹ Um ihre Selbstverbindlichkeit zu unterstreichen, hat die Regierung Personen zur Teilnahme an der Arbeitsgruppe eingeladen, die in der Öffentlichkeit hohes Ansehen genießen und als Experten bekannt sind.³² Ende Dezember stand schließlich Zentralkalimantan als Pilotprovinz des Abkommens fest. Der Entscheidung war ein transparenter Auswahlprozess vorausgegangen. Unter den 33 indonesischen Provinzen verursacht Zentralkalimantan die zweitmeisten Treibhausgase. Eine Millionen Hektar Palmölplantagen und ein schnell wachsender Kohlebergbau unterstreichen die Bedeutung der Provinz für den nationalen Klimaschutz.³³ Indonesische Umweltorganisationen zeigten sich mit dem Auswahlprozess und seinem Ergebnis zufrieden, weil davon auszugehen ist, dass man angesichts des Konfliktpotentials in Zentralkalimantan – Palmöl- und Bergbauunternehmen einerseits, Umwelt- und Klimaschutz andererseits – hilfreiche Lektionen für die künftige Ausweitung des REDD plus-Modells sammeln wird.³⁴ Die notwendige politische Stabilität vor Ort, ein wichtiges Auswahlkriterium für die indonesische Seite³⁵, war ebenfalls in Zentralkalimantan am besten gegeben. Die finale Konkurrenz, die Provinz Papua, hatte das Nachsehen. Aufgrund politischer und gesellschaftlicher Spannungen sowie schwacher administrativer Strukturen in dieser östlichsten Provinz Indonesiens hatte die Zentralregierung in Jakarta Vorbehalte geäußert.

Ende Dezember stand Zentralkalimantan als Pilotprovinz des Abkommens fest. Der Entscheidung war ein transparenter Auswahlprozess vorausgegangen.

BEWÄHRUNGSPROBEN: REDD PLUS IN DER UMSETZUNG

Kritische Töne begleiten das Ringen um das eingeforderte Zweijahresmoratorium zum Schutz der Primärwälder sowie der Sumpf- und Torfgebiete. Auf dem Schreibtisch von Präsident Yudhoyono liegen im Augenblick zwei Entwürfe

31 | Fitriani Ardiansyah und Aditya Bayunanda, „A critical year for REDD in Indonesia“, *The Jakarta Post*, 10.01.2011, 7.

32 | Fn. 28.

33 | Gogarty und Rondonuwu, Fn. 25.

34 | Interview des Autors mit Nyoman Iswarayoga, Direktor für Klima und Energie, WWF Indonesia, Jakarta, 10.01.2011.

35 | Fn. 28.

von konkurrierenden Akteuren:³⁶ Die REDD-Arbeitsgruppe unter ihrem Leiter Kuntoro Mangkusubroto setzt sich für einen umfassenden Schutz ein, der alle Primärwälder sowie sämtliche Moor- und Torfgebiete einschließt. Das Forstministerium nimmt in der Debatte die Position der Wirtschaft ein und argumentiert, dass ein zu umfassender Schutz von Wäldern die ökonomische Entwicklung des Landes beeinträchtigen würde. Folglich umfasst der Ministerialentwurf für das Moratorium lediglich den Schutz des Primärwaldes und von Mooregebieten. Umweltaktivisten bemängelten bereits zuvor, dass dies nicht weit genug ginge: Nur den Primärwald durch ein Moratorium zu schützen, so die Kritik, würde lediglich drei Prozent des indonesischen Waldbestandes vor dessen Ökonomisierung bewahren.³⁷ Die reiche Biodiversität befindet sich allerdings in den Tieflandwäldern, die der Vorschlag des Ministeriums nicht schützen würde. Schon im November 2010 zog das Forstministerium die Wut von Umweltschützern und Wissenschaftlern auf sich, als bekannt wurde, dass es rechtzeitig vor dem möglichen Inkrafttreten des Moratoriums 41 Millionen Hektar Wald zu Sondergebieten (*special forest areas*) deklarierte, um sie dem Markt weiterhin für Konzessionen zur Verfügung zu stellen.³⁸

Dass ein entsprechendes Moratorium nicht, wie ursprünglich geplant, zum 1. Januar 2011 in Kraft treten konnte, verzögert die Umsetzung des „ambitionierten Zeitplans“ schon in der Anfangsphase.³⁹ Der Druck auf Yudhoyono, der das Moratorium in Form eines Präsidialerlasses zu

36 | Adiando P. Simamora, „SBY still pondering planned forest moratorium“, *The Jakarta Post*, <http://thejakartapost.com/news/2011/02/07/sby-still-pondering-planned-forest-moratorium.html> [14.02.2011].

37 | Kritik von But Nordin, Direktor der Nichtregierungsorganisation Save Our Borneo, in: Fidelis E. Satriastanti, „Moratorium Won't Save Indonesia's Forests: Activists“, *The Jakarta Globe*, 07.01.2011, A6.

38 | Ein offener Brief von Wissenschaftlern an die Regierungen Norwegens und Indonesiens (18.11.2010) kann nachgelesen werden auf <http://redd-monitor.org/2010/12/01/scientists-letter-to-norway-and-indonesia-natural-forests-even-when-not-in-their-primary-state-may-have-high-conservation-value> [14.02.2011].

39 | Fn. 28.

Die reiche Biodiversität befindet sich in den Tieflandwäldern, die der Vorschlag nicht schützen würde. Schon im November 2010 zog das Forstministerium die Wut von Umweltschützern und Wissenschaftlern auf sich.

genehmigen hat, erhöhte sich zuletzt zusehends.⁴⁰ Gleichzeitig richten sich die Blicke aber schon auf die nächsten, nicht weniger heiklen Herausforderungen, wie beispielsweise die Ausgestaltung der Fortschrittsüberprüfung zum CO₂-Rückgang.

KONFLIKTE – RISIKEN – VERANTWORTUNGEN: DIE OFFENEN FRAGEN

Bislang scheint Indonesien davon überzeugt zu sein, von REDD ökonomisch und ökologisch zu profitieren. Dass in Cancún 2010 kein verbindliches Rahmenabkommen für ein Kyoto-Nachfolgeprotokoll zustande gekommen ist, löste in Indonesien jedenfalls keine große Irritation aus. Schon vor ihrem Abflug nach Mexiko unterstrich die indonesische Delegation, dass man gegebenenfalls in Zukunft auf bilaterale Abkommen setzen würde.⁴¹ Diese Position korrespondiert zwar mit der Forderung von Umweltorganisationen, REDD müsse auch unabhängig von internationalen Rahmenverträgen funktionieren – und nötigenfalls auch in der Post-Kyoto-Phase bei fehlendem Nachfolgeabkommen.⁴² Aber wäre damit auch ein Beitrag zum internationalen Klima- und Umweltschutz geleistet? Eine Stärkung des nationalstaatlichen Verhandlungspriamats würde jedenfalls die koordinierende und vereinheitlichende Funktion von Weltkonferenzen langfristig schwächen und schlimmstenfalls sogar obsolet machen. Ob das norwegisch-indonesische REDD-Abkommen aber Modellcharakter für bilateral ausgehandelte Klima- und Waldschutzprogramme hat, bleibt angesichts einer Reihe aufzuzeigender Konfliktmuster offen.

Schon vor ihrem Abflug nach Cancún unterstrich die indonesische Delegation, dass man gegebenenfalls in Zukunft auf bilaterale Abkommen setzen würde.

40 | Fidelis E. Satriastanti, „NGOs Appeal To Govt to Enact Logging Moratorium“, *The Jakarta Globe*, 08.02.2011, <http://thejakartaglobe.com/nvironment/ngos-appeal-to-govt-to-enact-logging-moratorium/421320> [14.02.2011]. Bei Fertigstellung des Manuskripts lag eine Entscheidung des Präsidenten noch nicht vor. Über den aktuellen Stand informiert beispielsweise <http://redd-monitor.org>.

41 | JG/Agenturen, „Indonesia Took Home a Little Money, But Cancun Had Little to Shout About“, *The Jakarta Globe*, 13.12.2010, A1.

42 | Fn. 34.

1. Ökonomisch-ökologisches Konfliktmuster

Aus ökologischer Perspektive stellt sich die Frage, wie umfassend der Schutz des Waldes von den Vertragsparteien interpretiert wird. Beispielsweise besteht die Gefahr, dass im Rahmen von Aufforstungsprogrammen keine Sekundärwälder, sondern tendenziell mehr Monokulturen in Form von Holzplantagen zu wirtschaftlichen Zwecken entstehen.⁴³ Dass ökonomische Entwicklungsforderungen nicht gänzlich unberücksichtigt bleiben können, erkennen Umweltorganisationen in Indonesien an: So schlägt WWF Indonesien vor, dass der Privatsektor ebenfalls von den norwegischen REDD-Zahlungen profitieren muss, sollte absehbar sein, dass er sich nicht mehr unter normalen Bedingungen entwickeln kann.⁴⁴

Allerdings steht insbesondere die Palmölindustrie in der Pflicht, in Forschung, Effizienz und Innovation zu investieren. Zwar ist das Land Marktführer im Palmölgeschäft, doch gelingt es den Unternehmen in Indonesien nicht, in gleicher Weise produktiv zu sein wie die Konkurrenz aus Malaysia, wo pro Hektar Ölpalmen ein größerer Profit erwirtschaftet wird.⁴⁵ Die Regierung war bislang nicht im Stande, ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen, denn verarbeitende Industrien für die reichhaltigen Roherte, die in Indonesien gefördert werden, sind weiterhin Mangelware. Auch der Westen steht in der Verantwortung, eine ökologisch und ökonomisch gerechte Position in der Palmöldebatte zu beziehen: Die Nutzung von Biodiesel, dessen Herstellung auf Palmöl basiert, kann gegenwärtig noch nicht den CO₂-Wert kompensieren, der durch Entwaldung für Ölpalmplantagen freigesetzt wird.

Die Nutzung von Biodiesel, dessen Herstellung auf Palmöl basiert, kann gegenwärtig noch nicht den CO₂-Wert kompensieren, der durch Entwaldung für Ölpalmplantagen freigesetzt wird.

2. Politisch-gesellschaftliche Konfliktmuster

Die Berücksichtigung gesellschaftlicher (Partikular-) Interessen stellt eine weitere Herausforderung dar, die die

43 | Frank Priess, „Wer nichts erwartet, ist mit wenig zufrieden. Klimagipfel in Cancún scheitert nicht, aber reicht der Erfolg?“ *KAS-Auslandsinformationen*, 2/2011, 91.

44 | Fn. 34.

45 | Bislang werden in Indonesien nur auf einem Drittel der für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Flächen auch tatsächlich Ölpalmen angebaut. Vgl. Fn. 28.

REDD-Verantwortlichen in Indonesien schon jetzt mitbedenken müssen. Das indonesische Peace Building Institute kommt in seiner jüngsten Studie zu dem Ergebnis, dass in den vergangenen zwei Jahren Konflikte mit religiösem oder Stammeshintergrund nicht zugenommen haben, während solche um natürliche Ressourcen signifikant an Bedeutung gewonnen haben.⁴⁶ Regelmäßig kommt es zu Konflikten zwischen Palmölunternehmern und der lokalen Bevölkerung, die sich weigert, im Dienste der nationalen Entwicklung ihr Land abzutreten. Zudem nehmen Zentrum-Peripherie-Konflikte in jenen Provinzen zu, wo es der Regierung nicht gelingt, nationale Politikstrategien mit den Bedürfnissen der Menschen vor Ort in Einklang zu bringen.

In den vergangenen zwei Jahren haben Konflikte mit religiösem oder Stammeshintergrund nicht zugenommen, während solche um natürliche Ressourcen an Bedeutung gewonnen haben.

Wichtig für die REDD-Beteiligten ist daher ein umfassender Ansatz, der von Kommunikation mit allen Betroffenen lebt und Verantwortlichkeiten auf möglichst viele Schultern verteilt. Verbindlichkeiten dürfen nicht gegenüber Vertragsparteien wie den Norwegern oder Australiern erwachsen, sondern müssen auf dem Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Gesellschaft gründen.⁴⁷ In einem Land wie Indonesien, wo 48 Millionen Einwohner in Wäldern leben (und folglich von Entscheidungen des Plantagen- und Minensektors betroffen sein können), ist das Konfliktpotential entsprechend groß. Zudem sind indigene Minderheiten in Entwicklungs- und Schwellenländern oftmals nur unzureichend in Landnutzungsprozesse integriert und werden so zu Opfern von Entscheidungen, die anderenorts gefällt werden.⁴⁸

Das Prinzip der „freien, rechtzeitigen und informierten Zustimmung“ (Free, Prior and Informed Consent, FPIC) kann als wichtiger Beitrag zu einer Verständigung zwischen

46 | Das Peace Building Institute untersuchte für die Studie die Berichterstattung in lokalen Medien. 2009 berichteten die Medien von 54 Konflikten mit einem Bezug zu natürlichen Ressourcen. 2010 waren es 74. Tifa Asrianti, „Swelling mining, plantation lead to conflicts, damages“, *The Jakarta Post*, 13.01.2011, 4.

47 | „Indonesien muss deutlich machen, dass die Regierung nicht das macht, was Norwegen vorschreibt, sondern selbstständiges Handeln vermitteln“, so Nyoman Iswarayoga, Direktor für Klima und Energie, WWF Indonesia; Fn. 34.

48 | Priess, Fn. 43, 91.

den beteiligten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gruppen angesehen werden: Es besagt, dass eine Gemeinschaft über Projekte mitentscheiden kann, wenn daraus Konsequenzen für Landbesitz und -nutzung resultieren.⁴⁹ Auch die Vereinten Nationen argumentieren, dass das „Recht auf Entwicklung“ alle Rechte umfasst, auch die der Indigenen.⁵⁰ In der weiterentwickelten REDD plus-Idee wird daher auch das FPIC-Prinzip aufgegriffen. Norwegen hat großes Interesse an einer Einbeziehung aller relevanten Akteure zum Ausdruck gebracht und zeigt sich entsprechend zufrieden mit der bisherigen Umsetzung des „Mehrparteienprozesses“ (*Multi-Stakeholders-Process*).⁵¹

3. Anforderungen an die Politik

Die Debatte um den Präsidialerlass für das zweijährige Moratorium zeigt: Ohne verbindliche Regeln und deren Durchsetzung ist Umweltschutz wirkungslos. Wie sonst sollen jene, die illegal Wälder fällen, zur Rechenschaft gezogen werden oder indigene Bevölkerungsgruppen ihre Besitzansprüche geltend machen? Parallel zu den erforderlichen Rechtsmitteln bedarf es eines Paradigmenwechsels in den Köpfen der Verantwortlichen. Die indonesische Wirtschaft, die bislang dem Credo folgte, Bäume aus Gewinnstreben zu fällen, muss den Schutz und die Verwaltung der Baumbestände zur neuen lukrativen Leitidee machen.⁵²

Parallel zu den erforderlichen Rechtsmitteln bedarf es eines Paradigmenwechsels in den Köpfen der Verantwortlichen.

Indonesien wird nur dann finanziell von dem Abkommen mit Norwegen profitieren, wenn die politischen Institutionen und Agenturen auf nationaler und lokaler Ebene transparent und verantwortlich agieren sowie rechtsstaatlichen

49 | Vgl. United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples, Artikel 10, <http://un.org/esa/socdev/unpfii/en/drip> [14.02.2011].

50 | UN-REDD-Programme (Hrsg.), *Perspectives on REDD+*, (Genf, 2010), 4 ff.

51 | Dieser Prozess bringt die indonesische Regierung und Vertreter aus Zivilgesellschaft und lokalen Gemeinden zusammen, z.B. in Form von Workshops, um eine regelmäßige Plattform zum Gedankenaustausch zu bieten. Fn. 28.

52 | So die Forderung von Kuntoro Magkusubroto, Leiter der indonesischen REDD plus-Arbeitsgruppe. Vgl. Keya Acharya, „Top leaders see the green in REDD+“, *The Jakarta Post*, 3.

Prinzipien Folge leisten.⁵³ Nicht grundlos stehen politische Reformen sowie die Verabschiedung neuer und die Stärkung bestehender Rechtsverpflichtungen am Beginn des norwegisch-indonesischen Fahrplans.

Der 1998 initiierte Transformationsprozess (*Reformasi*), um die ehemalige Diktatur in eine Demokratie zu überführen, steht damit in der Verantwortung, in allen Politikfeldern und auf allen Entscheidungsebenen gleichermaßen demokratische und rechtsstaatliche Reformen einzuleiten und bereits verabschiedete Gesetze auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen. So tangiert auch der politische und administrative Dezentralisierungsprozess der vergangenen Jahre den Effektivitätsgrad von Umweltschutz: Wichtige Entscheidungen bei der Landnutzung und dem Waldmanagement liegen dezentral in der Verantwortung von lokalen Entscheidungsträgern.⁵⁴ Um aber Waldgebiete vor der Planierfraße zu bewahren, bedarf es eines Pakts zwischen lokalen und nationalen Institutionen, der auch eine finanzielle Beteiligung der Provinzen an den nationalen (REDD-)Konditionszahlungen aus dem Ausland vorsehen muss.

Wichtige Entscheidungen liegen dezentral in der Verantwortung von lokalen Entscheidungsträgern. Um Waldgebiete vor der Planierfraße zu bewahren, bedarf es eines Pakts zwischen lokalen und nationalen Institutionen.

In Entwicklungs- und Schwellenländern stellt sich außerdem die Frage nach den geografischen Grenzen politischer Herrschaft: Gebiete, in denen die Regierung eines Landes angesichts konkurrierender Akteure nur schwache Macht hat, stellen eine zusätzliche Herausforderung für die Durchsetzung von Entscheidungen dar.⁵⁵ Das indonesische Umweltministerium wird 2011 Präventionskampagnen durchführen, um über die Folgen von Waldbränden aufzuklären. Zudem ist geplant, dass mittels neuer Regulierungen das bestehende Gesetz zum Schutz und Management der Umwelt (von 2009) und das Abwassergesetz (von 2008) gestärkt werden.⁵⁶ Damit wird zumindest aus umweltpolitischer Perspektive das Problem der begrenzten Staatsmacht angegangen.

53 | Harvard Kennedy School, Fn. 3.

54 | Ministry of Finance, Fn. 19, 12.

55 | Priess, Fn. 43, 91.

56 | Fidelis E. Satriastanti, „Indonesia Eyes Spot on Green Climate Fund Committee“, *The Jakarta Globe*, 06.01.2011, A7.

FAZIT

Armutsbekämpfung und wirtschaftliche Entwicklung werden von norwegischer und indonesischer Seite als übergeordnete Ziele der REDD plus-Absichtserklärung definiert. Sie steht damit in der Tradition der Resolution der Vereinten Nationen zum „Recht auf Entwicklung“. Wollen die Industriestaaten Entwicklungs- und Schwellenländer als Partner im Kampf gegen den Klimawandel gewinnen, müssen Anreize geschaffen werden, die die Klimaprognosen der Wissenschaft und die Wohlstandsforderungen der südlichen Hemisphäre gerecht zu verbinden wissen. Der in Cancún beschlossene grüne Klimafonds (Green Climate Fund, GCF), der Entwicklungs- und Schwellenländern dabei helfen soll, die Folgen des Klimawandels zu verkraften, kann ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung sein.⁵⁷ Die abschließende Institutionalisierung des GCF soll im südafrikanischen Durban erfolgen, wo im Dezember 2011 die nächste Weltklimakonferenz stattfinden wird.

Dass sich mit Eigeninitiative und Engagement mehr als nur Anpassungs- und Kompensationszahlungen verdienen lassen, wird die indonesische Regierung in den kommenden

Jahren unter Beweis stellen können. Gelingt dies, werden möglicherweise andere Entwicklungs- und Schwellenländer ebenfalls mehr Engagement für Umwelt- und Klimaschutz aufbringen. Dieser Prozess bedarf aufmerksamer internationaler und innenpoli-

Die Weltgemeinschaft steht in der Verantwortung, Staaten in ihrem Beitrag zum Klimaschutz zu stärken. Im Falle Indonesiens heißt das auch, ökologisch attraktive Wachstumsmärkte zu fördern.

itischer Beobachtung. Die Weltgemeinschaft steht in der Verantwortung, Staaten in ihrem Beitrag zum Klimaschutz zu stärken. Im Falle Indonesiens heißt das auch, ökologisch attraktive Wachstumsmärkte zu fördern. Angesichts demographischer Entwicklungen steht Indonesien gegenwärtig vor der Herausforderung, eine jährlich wachsende Energienachfrage von sieben bis neun Prozent zu sättigen.⁵⁸ Kohlekraftwerke stellen aus indonesischer Sicht immer noch die günstigste Energiequelle dar, obwohl der Inselarchipel über 40 Prozent der weltweit verfügbaren Geothermalenergie verfügt, eine ökologisch wertvolle Form der

57 | Von 2010 bis 2012 sollen 30 Milliarden US-Dollar in den GCF fließen, bis 2020 sind weitere 100 Milliarden US-Dollar geplant. Vgl. Ewing und Kuntioro, Fn. 23, 7.

58 | Ministry of Finance, Fn. 19, 5.

Stromerzeugung. Hier liegt Indonesien noch hinter seinen Potentialen zurück. Bis 2025 sollen allerdings nicht mehr acht, sondern 20 Prozent Strom durch Geothermie erzeugt werden.⁵⁹ Wissens- und Forschungstransfer kann beispielsweise dazu beitragen, die Nutzung von Geothermieenergie kostengünstiger zu gestalten, so dass neue CO₂-intensive Kohlekraftwerke keine Alternative mehr darstellen. Eine weitere unzureichend genutzte Einnahmequelle stellen aus indonesischer Sicht CDM-Projekte dar. Unklar ist allerdings, wie die Regierung fünfmal mehr CDM-Projekte realisieren will.⁶⁰ Innenpolitisch sieht sie sich verstärkt der Kritik heimischer Umweltverbände ausgesetzt. Diese fordern öffentlich weniger internationale Profilierung und mehr innenpolitische Reformen und kritisieren damit vor allem Indonesiens Streben nach einem Sitz im GCF-Kontrollrat.⁶¹ Ein Aktionsplan, der beschreibt, wie die Regierung in den nächsten Jahren die Treibhausgasemissionen um 26 bis 41 Prozent senken will, hat aus ihrer Sicht jedenfalls Priorität.

Umweltverbände fordern öffentlich weniger internationale Profilierung und mehr innenpolitische Reformen und kritisieren damit vor allem Indonesiens Streben nach einem Sitz im GCF-Kontrollrat.

Der Vorstoß von Präsident Yudhoyono, auf freiwilliger Basis Emissionen einzusparen, wirkt angesichts der nachzuholenden und fortzusetzenden Rechtsreformen überaus ambitioniert. Einen Erfolg wird er aber nur verbuchen können, wenn der Absichtserklärung mit Norwegen ein Gesellschaftsvertrag mit den zentralen Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Umweltverbänden und indigenen Bevölkerungsgruppen folgt. Erst wenn die Regierung damit reüssiert, wird sie ihrem Selbstverständnis als starkes Schwellenland (nicht nur in G-20 und in ASEAN) mit Führungsambitionen und Vorzeigecharakter gerecht werden.

59 | Nieke Indrietta, „Suspended Ambition“, *TEMPO*, 25.01.2011, 49.

60 | Ministry of Finance, Fn. 19, 4.

61 | Fn. 34.